

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/32

Bonn, den 15. Februar 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	Bildungsurlaub ?	41

Gedanken zu dem bevorstehenden Haering
des Wissenschaftsausschusses des Deutschen Bundestages

Von Dr. Günther Müller, München, MdB

2 - 3	<u>Zeitgerechte Verwaltungseinheiten schaffen</u>	76
-------	---	----

Niedersachsen leistet Pionierarbeit

Von Klaus Rusticus

4 - 5	<u>Deutschland - Israel und die Araberstaaten</u>	62
-------	---	----

Keine Sorgen in Jerusalem bei Wiederaufnahme
diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und den arabischen Staaten

Von unserem Korrespondenten in Israel, J.-E. Palmon

5	<u>Atomwaffenfrei</u>	32
---	-----------------------	----

Der Vertrag von Mexiko-City

SONDERBEILAGE

1 - 4	<u>Gesundheitspolitische Visite in Großbritannien</u>	159
-------	---	-----

MdB Dr. med. Bardens: "Das Gesundheitsministerium hat in England wesentlich weitergehende Kompetenzen als in Deutschland, selbst wenn man Bundes- und Länderkompetenzen zusammenfaßt."

Von Herbert Bermeitinger

Bildungsurlaub ?

Gedanken zu dem bevorstehenden Hearing
des Wissenschaftsausschusses des Deutschen Bundestages

Von Dr. Günther Müller, München, MdB

In der kommenden Woche werden Sachverständige ihre Meinung zur Frage des Bildungsurlaubes vor dem Ausschuß für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik des Bundestages darlegen.

Die Interessentengruppen zu diesem Problem sind vielfältig. Während die Gewerkschaften eine tarifliche oder gesetzliche Regelung bejahen, hat der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der CSU-Abgeordnete Professor Balke, erst vor kurzem wieder die Ablehnung der Arbeitgeberseite mit der Befürchtung "einer schleichenden Arbeitszeitverkürzung" begründet. Als weiteres Argument wurde von dem Arbeitgebervertreter hinzugefügt, daß ja gar nicht genügend Bildungseinrichtungen vorhanden seien, um allen Arbeitnehmern die Teilnahme am Bildungsurlaub zu ermöglichen.

Es ist interessant, daß das dritte Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung offensichtlich nicht genau zur Kenntnis genommen wurde oder daß man immer nur das entnimmt, was gerade in die eigene Konzeption paßt.

Auf Seite 67 forderte das Gutachten eine Förderung der Mobilität der Arbeitskräfte und eine Beseitigung der überkommenen Mobilitätshindernisse. Zu diesen Mobilitätshindernissen gehört auch die oft einseitige Ausbildung der Arbeitnehmer. Die Sachverständigen haben dies klar erkannt und stellen unter Ziffer 98 auf Seite 68 des Gutachtens folgendes fest:

- * "Durch gesetzliche oder tarifliche Regelungen, die für die Arbeitnehmer einen Anspruch auf einen bezahlten 'Urlaub' zum Zwecke der beruflichen Fortbildung begründen, ließe sich die Qualität der Arbeitskräfte ebenso erhöhen wie deren Fähigkeit und Bereitschaft zum Stellenwechsel."

Diese klare Aussage des Sachverständigengutachtens, dem es nicht um "Bildungsbedürfnisse", sondern um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft geht, sollte auch einmal bei den Gegnern des Bildungsurlaubes beachtet werden, die den Schwerpunkt ihrer Betrachtungsweise wohl auf das Wort Urlaub = Nichtarbeit legen. Die Sachverständigen haben in ihrem Gutachten deshalb zu Recht das Wort Urlaub in Anführungszeichen gesetzt und damit deutlich gemacht, daß die Ersetzung von Produktion durch Weiterbildung nicht gleichzustellen ist mit Faulheit oder Erholung.

Die ausführlichen Umschulungs- und Weiterbildungsprogramme in den Großkonzernen beweisen im Übrigen, daß für die Wettbewerbsfähigkeit scheinbar Opfer gebracht werden müssen, die später mit Zinseszinsen zurückerstattet werden.

Zeitgerechte Verwaltungseinheiten schaffen

Niedersachsen leistet Pionierarbeit

Von Klaus Rusticus

Der Bürgermeister der Gemeinde X mit seinen noch nicht 200 Einwohnern im Bayrischen Wald rauft sich oft die Haare. Und sein Kollege in dem Dörfchen Y in der Lüneburger Heide dazugleichen. Sie haben beide ein gemeinsames Problem: Die Verwaltungsarbeit die für sie - neben ihrer Tagesarbeit als Bauern - riesengroß ist, obwohl ihre Gemeinden "Miniaturexemplare" sind.

Denn auch in der "Zwerggemeinde" wurde die Verwaltungsarbeit umfangreicher, und wenn sie sich bei all dem - so gern zitierten - "Kleinkram" auf eine noch dazu "bürokratisch" nicht einmal geschulte Kraft konzentriert, dann ist das für diesen einen Mann und auch für seine Bürger bitter: Sie müssen letzten Endes warten!

Nicht mehr die Zeit von anno dazumal

Die Zeiten, in denen der Gemeindeführer mit der großen Glocke durch das Dorf schritt und amtliche Mitteilungen in der urwüchsigsten Form der Nachrichtenübermittlung überbrachte sind noch nicht überall vorbei. Traditionsbedingte Ressentiments ließen mancherorts zwerghafte Bürgermeistereien fröhlich Urstände feiern. Nicht radikal oder etwa mit Brachialgewalt, aber doch einsichtig und modern will die niedersächsische Landesregierung einiges daran ändern. Gab sie schon durch Koordinierung von früher zwar detaillierten, doch meist überall gleichgelagerten Verwaltungsarbeiten in sogenannten Santgemeinden für die Bundesrepublik ein Musterteilspiel, rief der niedersächsische Innenminister Otto Bennemann (SPD) 1965 eine Sachverständigenkommission für Verwaltungs- und Gebietsreform ins Leben. Dieser gehören neben dem Göttinger Staatsrechtler Werner Weber fünf Landtagsabgeordnete, vier hohe Beamte des Landes und vier Vertreter der kommunalen Spitzenverbände an.

Die besonderen Gegebenheiten...

In Niedersachsen haben von insgesamt 4 248 Gemeinden 234 weniger als 100 Einwohner, 741 weniger als 200, über 2 000 weniger als 500 und über 3 000 weniger als 1 000 Einwohner.

Die Verwaltungsstruktur des Bundeslandes ist außerdem durch 60 Landkreise gekennzeichnet, von denen acht weniger als 50 000, 37 zwischen 50 000 und 100 000 Einwohner, 13

zwischen 100 000 und 150 000 und zwei mehr als 150 000 Einwohner haben.

Das sind die beiden wichtigsten Komplexe, denen sich die Sachverständigenkommission zu widmen hat.

"Der Übergang von der Agrar- zur Industriesiedlung hat zu einer grundsätzlichen Änderung der Lebenshaltung geführt", erklärte in diesem Zusammenhang der Vorsitzende der niedersächsischen Landtagsfraktion der SPD, Wilhelm Baumgarten. Er befürwortet ländliche Mittelpunktschulen auf dem flachen Lande. Baumgarten nennt hierfür zwei wesentliche Gründe, die im übrigen auch in anderen Bundesländern Anlaß gaben, eine ähnliche Reform wie in Niedersachsen auf gesetzgeberischem Wege einzuleiten.

- * Die ehrenamtlichen Verwaltungskräfte sind überfordert.
- * Die Verwaltungsarbeit ist in den letzten Jahren immer komplizierter geworden.

Die Sachverständigenkommission geht von der Arbeitshypothese aus, daß eine zeitgerechte und effektive Bewältigung der komplizierten Verwaltungsaufgaben der Gegenwart nur von gemeindlichen Verwaltungseinheiten mit einer Mindestgröße von 5 000 Einwohnern mit vorgebildeten hauptamtlichen Verwaltungskräften erfolgen kann.

Für die organisatorische Gestalt dieser "Verwaltungseinheiten" bieten sich der Zusammenschluß zu sogenannten Großgemeinden und die in Niedersachsen als Modell bereits bestehenden Sattgemeinden an, deren Status allerdings noch verbessert werden müßte. Möglichkeiten des Zusammenschlusses im Nahbereich von Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern werden in Erwägung gezogen.

Gegenwartsnahe Aufgabenverteilung

In Niedersachsen wird man auch nicht vor einer Neugliederung der Landeskreise bzw. deren Verringerung halt machen und auch die Frage prüfen, ob nicht die Arbeit staatlicher Sonderbehörden auf die Kreisverwaltungen übertragen werden kann. SPD-Fraktionsvorsitzender Baumgarten meinte in diesem Zusammenhang, daß damit zur gleichen Zeit auch die Frage der staatlichen Mittelinstanz gestellt werde. Den richtigen Modus zu finden, öffentliche Aufgaben auf staatliche und kommunale Behörden zu verteilen, darauf wird es schließlich wesentlich mit ankommen.

Die finanziellen Belastungen...

Am Anfang einer Verwaltungs- und Gebietsreform könnte, so sollte man wohl folgern, die Belastung für die beteiligten Gemeinden größer sein als heute unter dem ehrenamtlichen Status. Auf lange Sicht aber wird sich aus der Konzentrierung der modernen Verwaltungsarbeit in Verbindung mit einer Gebietsreform eine Kostenverbilligung ergeben.

Deutschland - Israel und die Araberstaaten

Keine Sorgen in Jerusalem bei Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und den arabischen Staaten

Von unserem Korrespondenten in Israel, J.E. Palmon

Die israelische Öffentlichkeit verfolgt mit Aufmerksamkeit die Bemühungen Bonner Regierungsstellen, wieder Beziehungen zu den arabischen Staaten aufzunehmen. Die Haltung Israels gegenüber einem solchen Versuch ist klar: Die Jerusalemer Regierung hat immer erklärt, daß sie nichts gegen Beziehungen befreundeter Staaten zu den arabischen Ländern hat. Sie hat die "Freund-Feind-Theorie" der arabischen Liga stets abgelehnt und hat einseitige Boykott-Bestrebungen bekämpft. Im Übrigen ist die Regierung Israels der Auffassung, daß es Israel nur nützlich kann, wenn befreundete Staaten in den arabischen Hauptstädten vertreten sind, weil sie unter Umständen doch mäßigend auf nationalistische Hitzköpfe wirken können.

Israel ist auch heute davon überzeugt, daß nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Jerusalem - eine solche Aktion der deutschen Regierung nicht auf Kosten Israels vor sich gehen würde. Der Kommentator des israelischen Rundfunks, Schlomo Ahronson, der früher jahrelang den Sender Israels in Deutschland vertreten hatte, gab in einer viel beachteten Sendung gerade dieser Stimmung Ausdruck. Man ist in Israel überzeugt, daß Deutschland sich im Zusammenhang mit der Wiederaufnahme der Verbindungen zu den arabischen Ländern nicht "erpressen lassen wird".

Mehrere arabische Staaten sind sicher entschlossen, die Verbindungen mit Bonn wieder aufzunehmen; alle objektiven Umstände deuten darauf hin. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Bonn und der arabischen Welt sind nicht schwächer geworden, außer im Falle Ägyptens, aber dies hängt mit der schwierigen finanziellen Situation und der übermäßigen Verschuldung des Nilstaates zusammen, der auch ohne diplomatische Verbindungen Deutschland um Verlängerung früherer Anleihen (die beträchtliche Summen erreichten) bitten muß.

Die Regierung Israels hat bezüglich einer möglichen Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu arabischen Staaten keine Sorge. Israel wartet darauf, bald mit den Wirtschaftshilfe-Verhandlungen für 1967 zu beginnen; außerdem rechnet es auf Unterstützung Deutschlands bei seinen Bemühungen um einen neuen Vertrag mit der EWG. Diese beiden Themen waren wohl im Vordergrund der Besprechungen zwischen dem Bonner Außenminister Willy Brandt und dem israelischen Außenminister Eban stehen. Brandt hat übrigens in der israelischen Presse eine sehr gute Note bekommen, weil er anlässlich seiner USA-Reise sofort zu einer Zusammenkunft mit jüdischen Führern in New York bereit war. Man stellte dies dem Verhalten Kossygin gegenüber, der sich trotz aller Bitten jüdischer Kreise in England einer Aussprache mit jüdischen Führern entzog.

Der Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen mißt man in Israel weiter die größte Bedeutung bei. Deutschland wird wieder auf der internationalen Modewoche in Tel Aviv vertreten sein. Außerdem wird

es einen deutschen Pavillon auf der "Agrexpo 67", der ersten großen landwirtschaftlichen Ausstellung Israels in Tel Aviv geben, die von Ende Mai bis Mitte Juni andauern wird. Diese Messe soll die bedeutenden technischen Errungenschaften der israelischen Landwirtschaft demonstrieren, zugleich jedoch Instrument für den Export werden.

Mit Bedauern wurde ein gewisser Rückgang der Touristik aus Deutschland registriert. Für das vorige Jahr war die Zahl der Touristen aus Deutschland (um 12 000) nur einige Hundert geringer, aber in den ersten Monaten dieses Jahres zeigt die Zahl der Besuchergruppen aus der Bundesrepublik ein Absinken, das allerdings mit den allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen zusammenhängt. Die mit der Deutschland-Touristik befaßten Reisebüros haben eine neue Propaganda-Kampagne gestartet und hoffen, der Bewegung, die hochträchtig war, einen neuen Auftrieb geben zu können. Das israelische Touristik-Ministerium seinerseits drängte die israelischen Hotels (die Kredite und Förderungsbeiträge erhalten), die Preise möglichst zu senken und damit das ihrige zur Stärkung der Touristik zu tun.

+ + +

Atomwaffenfrei - Der Vertrag von Mexiko-City

sp - Die Idee des polnischen Außenministers Rapacki, eine auf Mitteleuropa beschränkte atomwaffenfreie Zone zu schaffen, wird in einem Teil der Erde verwirklicht, an den wohl Rapacki, als er vor zehn Jahren seinen Vorschlag der UNO unterbreitete, nicht gedacht hat. Im Vertrag von Mexiko-City haben sich 17 lateinamerikanische Staaten verpflichtet, das Gebiet südlich des 35. Breitengrades freizuhalten von Atomwaffen, jene Gebiete ausgenommen, die fremder Hoheit unterstehen. Sie verzichten auf die Herstellung, den Erwerb und die Lagerung von Kernwaffen, aber nicht auf die Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke und auf die Einsetzung von Atomsprengkörpern für den Bau von Kanälen, zum Durchbrechen von Bergketten und Anzapfen von Erdgasquellen. Hier liegt jedoch der Stein des Anstoßes. Koch ist die technologische Entwicklung nicht so weit, Atomsprengsätze zu produzieren, die sich für kriegerische Verwendung nicht eignen; künftige Forschungen und Experimente schließen dies freilich nicht aus, so das den Vorrat behalten der Russen und der Amerikaner der Boden entzogen würde. - In das unruhige Lateinamerika bringt dieser Vertrag ein stabilisierendes Element. Dieser Subkontinent steht vor einer Bevölkerungsexplosion von unvorstellbaren Ausmaßen; innerhalb der nächsten 30 Jahre wird sich die Bevölkerung verdoppeln. Die friedliche Verwendung von Atomenergie für den Aufbau neuer Industrien und für die Nutzung der Bodenschätze kann die aus Armut, Hunger und Verelendung wachsenden Gefahren bannen oder zumindest verringern. Dieser überraschende Gedanke stand wohl bei dem Vertrag von Mexiko-City Pate. Einem möglichen Mißbrauch der Atomenergie begegnen sorgfältig ausgearbeitete Bestimmungen über gegenseitige Kontrolle unter Mitwirkung der Internationalen Atomenergie Agentur in Wien. - Der Vertrag dürfte nicht ohne Einfluß auf die zwischen London, Washington und Moskau geführten Verhandlungen über den Atomsperrvertrag bleiben, zeigt er doch die Richtung an, in der die Weiterverbreitung von Atomwaffen verhindert werden kann, ohne daß die industrielle und technologische Entwicklung der nichtnuklearen Länder dadurch beeinträchtigt wird.

+ + +

Gesundheitspolitische Visite in Großbritannien

Von Herbert Bermeitinger

Englische Erfahrungen im sozialen Bereich sind gründlicher Überlegungen wert; daher besuchten kürzlich SPD-Abgeordnete Einrichtungen der Gesundheits- und Sozialpolitik in Großbritannien. Zunächst stellten sie fest:

- Das Gesundheitsministerium hat in England wesentlich weitergehende Kompetenzen als in Deutschland, selbst wenn man Bundes- und Länderkompetenzen zusammenfaßt.
- Organisation und Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsdienst und den Sozialen Diensten sind wesentlich übersichtlicher als bei uns. Die Zusammenarbeit erfolgt anscheinend reibungslos.
- Die zentrale Verantwortlichkeit für das Krankenhauswesen hat zu einer wesentlich besseren Organisation und funktionellen Struktur geführt als bei uns.
- Das Rehabilitationswesen ist in England viel ausgedehnter und gesellschaftspolitisch viel moderner orientiert als bei uns.

Diese zusammenfassenden Feststellungen traf der SPD-Bundestagsabgeordnete und Arzt Dr. med. Hans B a r d e n s (Ludwigshafen), der gemeinsam mit weiteren Mitgliedern des Arbeitskreises Sozial- und Gesundheitspolitik der SPD-Fraktion Facheinrichtungen des Gesundheitsdienstes in Großbritannien besichtigt hatte. Die sozialdemokratischen Fachleute hatten auch eingehend mit Gesundheitsminister R o b i n s o n diskutieren können. Großbritannien besitzt schon seit 1949 (!) ein Gesundheitsministerium, das besonders seit Einführung des Nationalen Gesundheitsdienstes - National Health Service - weitgehende Zuständigkeiten hat, auch im Bereich der medizinischen Forschung und bei der medizinischen Versorgung der Kriegsgopfer.

Die Einrichtungen im Dienste der Rehabilitation - Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit - gelten allen Bürgern, die nicht normal in der Gesellschaft leben können. Grundsätzlich wird angestrebt, jeden Krankenhauspatienten erst dann aus der Betreuung zu entlassen, wenn er wieder vollständig an die tägliche Belastung angepaßt ist. Die notwendigen Einrichtungen sind bei fast jedem Schwerpunktkrankenhaus vorhanden. Man ist offensichtlich darauf bedacht, mit geringem materiellem Aufwand, vor allem geringem baulichem Aufwand, möglichst große Effekte zu erzielen. So war etwa im King's College Hospital ein Modellhaushalt, mit allen notwendigen Einrichtungen, die erforderlich sind, um behinderte Frauen wieder an ihre Alltagstätigkeit anzupassen, in einer Baracke untergebracht, die etwas euphemistisch Bungalow genannt wurde. Aber in dieser Baracke wurde wirklich vorzügliche Arbeit geleistet.

Rehabilitationszentren

Die Einrichtungen zur beruflichen Rehabilitation werden vom Arbeitsministerium verwaltet. Die Bezeichnung Rehabilitation ist sprachlich eigentlich nicht ganz zutreffend, weil auch primär geistig oder körperlich Behinderte durch diese Arbeit in ein normales Berufsleben eingegliedert werden sollen. Die Rehabilitationszentren nehmen die Behinderten zunächst für acht Wochen auf. Diese Menschen werden entweder vom Krankenhaus oder vom Hausarzt zugewiesen. Die Teilnahme ist aber freiwillig; die Teilnehmer erhalten während der Dauer der Rehabilitation eine Unterstützung, die niedriger liegt als der später zu erzielende Lohn. Für einen Teil der Betreuten, die sich besonders qualifiziert haben, schließt sich eine vollständige Berufsausbildung in einem Ausbildungszentrum des Arbeitsministeriums an. Kursteilnehmer die wegen geringer körperlicher oder geistiger Qualifikation besondere Arbeitsplätze benötigen, werden in Schwerbeschädigten-Arbeitsplätze, die die freie Wirtschaft zur Verfügung stellt oder in "beschützende Werkstätten" vermittelt.

Die Zentren für industrielle Rehabilitation können ihren Aufwand zu einem erheblichen Teil dadurch finanzieren, daß nicht überwiegend Übungsarbeiten verrichtet werden, sondern bezahlte Zubringerarbeiten für die Industrie. Augenblicklich gibt es in England und Wales 17 solcher Zentren, aber später soll jede Krankenhausregion mindestens ein Zentrum erhalten.

Sorge um die alten Mitbürger

In England gibt es im Augenblick ungefähr 6,5 Millionen Menschen über 65 Jahre. Darunter befinden sich rund 2,8 Prozent in Krankenhäusern und Alterspflegeheimen, 1,7 Prozent in Altersheimen, 1,5 Prozent wohnen in Hotels und rund 94 Prozent zu Hause. Das Prinzip der Altersfürsorge in England geht dahin, die alten Menschen möglichst lange in ihrem eigenen Heim zu halten. Um das zu ermöglichen, stehen den alten Menschen verschiedene Dienste zur Verfügung:

1. Hauspflegerinnen und Haushilfen. Sie sind Angestellte der Kommunen. Es gibt augenblicklich ungefähr 35 000; bis 1975 sollen es 44 000 sein.
2. Health Visitor's (etwa Gesundheitsfürsorger).
3. Mahlzeitendienst ("Essen auf Rädern") und Fußpflegedienst.
4. Alten-Tagesstätten und Alten-Clubs. Sie sind in England schon älter und wesentlich weiter verbreitet als in der Bundesrepublik.
5. Altenwohnungen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus. Die Altenwohnungen machen ungefähr ein Drittel aller im sozialen Wohnungsbau errichteten Wohnungen aus. Die Mittel dafür wer-

zu etwa 60 v.H. vom Staat, der Rest von den Gemeinden aufgebracht.

6. "Ferien für alte Menschen": Die Insassen von Altersheimen fahren z.B. gemeinsam in Ferien. Außerdem gibt es Freifahrkarten für ältere Bürger, die in Urlaub fahren wollen.
7. Grundsätzlich soll künftig jedem Schwerpunkt-Krankenhaus eine geriatrische Abteilung für die Behandlung akuter Erkrankungen bei alten Patienten, für die Rehabilitation oder die medizinische Dauerbetreuung angegliedert sein.

Das englische Krankenhauswesen

Alle englischen Krankenhäuser unterstehen dem Nationalen Gesundheitsdienst. England und Wales sind in 15 Krankenhaus-Regionen eingeteilt; jede Region hat wenigstens ein "Teaching Hospital", was etwa einer Universitätsklinik entspricht, und eine Anzahl von Schwerpunkt- und Allgemein-Krankenhäusern. Die Finanzierung der Krankenhäuser erfolgt über den Nationalen Gesundheitsdienst, also aus dem Etat des Gesundheitsministeriums.

Die Zahl der Krankbetten beträgt 7,5 pro 1 000 Einwohner. Schwierigkeiten gibt es, weil nicht genügend Krankenhausärzte zur Verfügung stehen. Nach Ansicht von Gesundheitsminister Robinson sind dafür die begrenzten Aufstiegsmöglichkeiten und die im Verhältnis zu den Hausärzten zu geringe Bezahlung verantwortlich. Außerdem wanderten nicht wenige Ärzte in die Vereinigten Staaten aus. Eine Besonderheit der englischen Krankenhäuser, die aber nicht mit dem Nationalen Gesundheitsdienst zusammenhängt, sondern mit der spezifisch englischen Tradition, stellt die ausgedehnte ambulante Tätigkeit der Krankenhäuser dar. Fachärzte sind in England grundsätzlich nur in Verbindung mit Krankenhäusern tätig. Freipraktizierende Fachärzte gibt es nicht. Die Kranken können aber nur aufgrund einer Überweisung ihres Hausarztes oder in Notfällen von den Krankenhäusern und den Krankenhausärzten ambulant behandelt werden.

Vor- und Nachteile der Gesundheitszentren

In einer der "Neuen Städte", in Harlow, konnten die Abgeordneten eine Gemeinschaftspraxis besichtigen, die von mehreren praktischen Ärzten gemeinsam betrieben wird. Die Ärzte halten dort ihre individuelle Sprechstunde, unterhalten aber die technischen Einrichtungen und das Personal für die Praxis gemeinsam. Die Vor- und Nachteile solcher Gemeinschaftspraxen werden auch in der Bundesrepublik Deutschland rege diskutiert. Vorteile sind sicher in dem Umstand zu sehen, daß die Kosten geringer sind, es leichter möglich ist, einen gemeinsamen Notfalldienst einzuteilen und die gemeinsam praktizierenden Ärzte sich jederzeit gegenseitig konsul-

tieren können. - Ein Nachteil ist sicher der, daß die freie Arztwahl doch nicht absolut garantiert ist.

Eine gute Einrichtung bei den englischen praktischen Ärzten ist: die Krankengeschichte, mit allen Angaben über vorausgegangene Erkrankungen, Untersuchungen und Behandlungen, wird auch beim Arztwechsel immer an den nachbehandelnden Arzt weitergegeben. Dadurch wird eine Menge Doppelarbeit eingespart. Der kurze Besuch reicht nicht aus, ein fundiertes Urteil über das Funktionieren des Hausarztsystems zu bilden. Eines darf jedoch festgestellt werden: In seiner medizinischen Entscheidungsfreiheit ist der englische Hausarzt wesentlich freier als der praktische Arzt im Rahmen des deutschen Sozialversicherungssystems. Es gibt weder ein Vertrauensarztsystem noch wird der medizinische Aufwand, der vom praktischen Arzt verursacht wird, irgendeiner Kontrolle unterworfen.

Finanzielle Aspekte des Gesundheitsdienstes

Nahezu 40 v.H. des Nationaleinkommens machen das englische Staatsbudget aus, davon stehen wieder 12 v.H. für den Gesundheitsdienst zur Verfügung. Das ist ein wesentlich höherer Betrag als er in der Bundesrepublik Deutschland aufgewendet wird. Im Jahre 1964 wurden von den Gesamtkosten des Gesundheitsdienstes 896 Millionen Pfund Sterling aus Steuermitteln aufgebracht, 19 Millionen Pfund brachten die Patienten durch Selbstbeteiligung an den Kosten für Zahnbehandlung und Brillenbeschaffung auf. Ungefähr 50 Millionen Pfund bezahlten die Gemeinden und Gemeindeverbände. 46 Millionen Pfund werden von allen Berufstätigen in Form von Beiträgen für die Krankengeldversicherung aufgebracht. Es wird angestrebt, vom Jahr 1968 an wenigstens 100 Millionen Pfund pro Jahr für die Grundfinanzierung der Krankenhäuser zur Verfügung zu stellen.

* * *

Die kurze Visite der SPD-Abgeordneten reichte natürlich für eine abschließende Bewertung der englischen Einrichtungen nicht aus, vor allem waren auch Schlussfolgerungen für die speziellen deutschen Verhältnisse noch nicht möglich. Aber die britischen Beispiele sind - positive wie negative - gründlicher Überlegungen wert: Über Einrichtungen, die besonders beeindruckten, wollen die Sozial- und Gesundheitspolitiker sich zu einem späteren Zeitpunkt noch gründlicher informieren.

+ + +